

Stellungnahme zu den EU-Plänen bzgl. der Gebührenerhöhung für ETIAS

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Incoming-Tourismus ist für Deutschland ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor, das belegen die jährlichen Auswertungen des Bundesamts für Statistik. In den Sektoren Incoming-Tourismus und Incoming-Veranstaltungen entwickelte sich die Destination Deutschland im Jahr 2024 positiv, hat aber das Recovery zum Referenzjahr 2019 noch nicht vollständig erreicht – es fehlen ca. 4,6 Mio. internationale Übernachtungen. In den ersten fünf Monaten 2025 sehen wir eine weitere Stagnation mit einem leichten Minus von -0,3% gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Die Wettbewerber-Destinationen haben sich besser erholt als Deutschland. Hierfür spielen auch staatliche Einflüsse eine Rolle, wie z. B. die deutsche Visa-Vergabe-Praxis in Asien und den Golfstaaten oder auch die gestiegenen Abgaben auf Flugtickets.

Über Branchenverbände auf europäischer Ebene haben wir von den Plänen der EU-Kommission erfahren, die ETIAS-Gebühr für visumsfreie Nicht-EU-Bürger zu erhöhen. Die Gebühr soll von 7,00 € auf 20,00 € angehoben werden, das widerspricht der ursprünglichen Absicht aus 2018 von EU-Parlament und EU-Rat eine moderate und angemessene Gebühr festzulegen. Diese Erhöhung lehnen wir als deutsche Incoming-Branche ab und bitten Sie entsprechend auf die EU-Kommission einzuwirken. Wir fordern eine transparente Gebührenfestlegung nach Erstellung einer detaillierten Kostenaufschlüsselung sowie einer Folgenabschätzung. Für die 20-Euro-Gebühr sehen wir keine ausreichenden Belege, warum diese für Betrieb und Wartung des ETIAS-Systems nötig sein soll. Ein alternatives Preismodell von 10,00 € wurde offenbar nicht geprüft.

Bereits jetzt werden Reisen nach Deutschland mit zahlreichen staatlichen Abgaben belastet, z. B. Luftverkehrsgebühren und Beherbergungssteuern. Die erhöhte ETIAS-Gebühr wäre eine weitere Belastung, die fürs Incoming-Recovery nicht zuträglich ist.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit zu diesem Thema. Gern stehen wir Ihnen, dem Tourismusausschuss und dem BMWE für Fragen und einem Austausch mit unserer Branche zur Verfügung.